

Land ohne Übel

Junge Aktivist*innen verteidigen indigene Territorien im bolivianischen Tiefland

Erwin Melgar hat Guaraní-Wurzeln, spricht selbst die indigene Sprache und berät indigene Gemeinden und Organisationen im bolivianischen Tiefland bei der Verteidigung ihrer Territorien. Im April hat Peter Strack den 63-jährigen Soziologen gefragt, was den indigenen Gemeinden Hoffnung macht – trotz massiver Landbesetzungen durch Siedler und Bodenspekulanten und angesichts der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Waldbrände und Abholzung.

In den Guaraní-Kulturen gibt es den Mythos des *Ivi Maraei*, eines Landes ohne Übel, ohne Krankheit und Tod. Dort stehe die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen gegenüber den rituellen Handlungen und den Festen im Hintergrund. Was verbirgt sich hinter dem Mythos, der immer wieder zu großen Migrationsbewegungen der Guaraní geführt hat? Das „Ivi Maraei“ war eine Motivation der indigenen Bevölkerung, wenn sie ihre Kultur und Lebensweise von fremden Mächten gefährdet sah, um sich auf die Suche nach einem guten Leben zu machen. In Bolivien gilt das vor allem für die Guaraní und die Mojeño. Entsprechende Wanderungsbewegungen gab es schon in der vorspanischen Zeit. Sie gingen, folgt man der Anthropologin Branislava Suñnik, bis hoch an die Karibikküste und wieder zurück. So leben Guaraní heute nicht nur in Paraguay und Argentinien, sondern etwa auch im brasilianischen Mato Grosso do Sul.

Ist der Mythos heute noch relevant?

Es gab viel Veränderung: internationale Abkommen, spezifische Rechte und die Verankerung des *Ivi Maraei* als Staatsziel in der bolivianischen Verfassung. Trotzdem werden die indigenen Völker vor allem in den tropischen Regenwäldern bis heute vom Staat bedrängt, und ihre Lebensweise wird zerstört. Was nützen ihnen territoriale Rechte, wenn die Regierung ihre eigene Anhängerschaft schickt, um ihr Land zu besetzen? In ihrem Überlegenheitsgefühl sieht die Regierung die angestammte Bevölkerung als Entwicklungshindernis. In ihren Territorien

will man exportorientierte Landwirtschaft in großem Stil oder auch Bergbauaktivitäten durchführen. So ist die Suche nach einem Fleck Erde, auf dem die Guaraní ihre Kultur in Ruhe leben können, immer noch aktuell. Sie wollen nur das Notwendige haben, um die natürliche Umwelt genießen zu können. Da ist kein Interesse, Besitz anzuhäufen. Zwei Hosen zu haben, reicht ihnen. Aber wenn Fremde kommen, um ihr Land zu besetzen, ist es mit der Ruhe vorbei.

Im vergangenen Jahr gab es über 80 Gerichtsprozesse zu diesem Thema. Damit haben sich indigene Tieflandgemeinden gegen Landbesetzungen oder Versuche der Regierung gewehrt, die gewählten Autoritäten durch eigene Gefolgsleute zu ersetzen. Alle Prozesse wurden von den Indigenen gewonnen. Wie war das möglich in einem Land, in dem die Justiz nicht unabhängig ist?

Die Indigenen setzten vor allem darauf, dass die indigene Gerichtsbarkeit¹ durchgesetzt wird. Sie entspricht dem indigenen Gewohnheitsrecht und hat laut der bolivianischen Verfassung aus dem Jahr 2009 den gleichen Rang wie die gewöhnliche Justiz. Wir haben Schulungen für Gerichte und Staatsanwaltschaften durchgeführt. Sie mussten einsehen, dass die indigene Justiz im Rechtssystem verankert ist und die gewöhnlichen Gerichte in den indigenen Territorien – mit Ausnahme der Fälle von Kapitalverbrechen und sexualisierter Gewalt – keine Kompetenz haben.

Außerdem organisierten sie Proteste und Besetzungen vor den Gerichten, wo indigene Autoritäten angeklagt waren, weil sie ihr Land verteidigt hatten. Einmal dauerte das 40 Tage. Das hat zu einer Sensibilisierung der Öffentlichkeit aber auch der Kammer der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte in Santa Cruz geführt. Dass die Regierung die Rechte der Indigenen verletzt hatte, war offensichtlich. Und bei den Wahlen für das Verfassungsgericht und das Oberste Agrargericht Ende letzten Jahres sind teil-



Foto: Erwin Melgar

1) Zur indigenen Justiz in Bolivien, siehe: <https://www.dandc.eu/de/article/bolivien-praktiziert-ein-pluralistisches-system-aus-staatlicher-und-indigener-justiz>

Foto: Eine indigene Rechtsaktivistin bereitet sich auf einen bevorstehenden Gerichtstermin in San Ignacio de Velasco vor.

weise neue unabhängige Personen aus der Region ins Amt gekommen. Auch der neue Generalstaatsanwalt ist aus Santa Cruz. Er ist zwar nicht unabhängig, aber mit der Problematik besser vertraut.

So haben die indigenen Autoritäten die Angst verloren. Deshalb versucht die Regierung nun einen Übergangsparagraphen des Agrarreformgesetzes zu nutzen und die autonomen „angestammten indigenen“ in „indigene und kleinbäuerliche“ Territorien umzuwandeln. Dadurch würde die angestammte Bevölkerung ihr Alleinvertretungsrecht verlieren. Zugewanderte Familien erhalten die gleichen Rechte. Oder die Regierung schickt Siedler*innen vor, um die indigenen Autoritäten anzuzeigen. Derzeit laufen allein im Landkreis San Ignacio 20 solcher Prozesse. Ohne jede Vorankündigung kommt die Polizei, um die Sprecher*innen der Gemeinden festzunehmen, weil sie angeblich einen Kanister Benzin, eine Machete oder eine Motorsäge gestohlen haben. Beweise dafür haben sie nicht. Es geht nur um Einschüchterung.

Im Jahr 2006, zum Amtsantritt von Evo Morales, haben viele Guaraní, Gwarayu oder Chiquitano die Regierung der MAS (Movimiento al Socialismo) unterstützt. Fünf Jahre später, nach dem Konflikt um den geplanten Straßenbau durch das indigene und Naturschutzgebiet Isiboro Securé (TIPNIS, siehe auch ila 350 und ila 380), das ebenfalls eine Zielregion der Guaraní-Migration war, wurden ihre Organisationen gespalten. Wie sieht es heute an der Basis in den Dörfern aus?

Die meisten Leute dort sind enttäuscht von der Regierung. Der Vorschlag für eine verfassungsgebende Versammlung und die autonomen Territorien kam von den Indigenen aus dem Tiefland. Heute leiden sie unter der schnell steigenden Inflation, allein 1,9 Prozent im letzten Monat. Es gibt Treibstoffmangel, die Leute kommen häufig nicht mal aus ihrem Ort heraus. Ihr Land wird besetzt und dann werden sie unschuldig vor Gericht gezerrt - und nicht die Bodenspekulanten! Manche müssen das wenige Vieh verkaufen, was sie haben, um die Verfahrenskosten zahlen zu können. Sie fühlen sich verraten. Einige in den Dörfern haben sich allerdings korrumpieren lassen. Aber zum Glück beginnen die Organisationen, sich zu wehren, vor allem jugendliche Guaraní.

Wie kam es zum Engagement der Jugendlichen?

Ein Wendepunkt war der Konflikt um den Bau der Straße von Espino nach Boyuibe durch eine chinesische Baufirma. Geplant war, dass die Überlandstraße durch acht Dörfer in verschiedenen Gemeinden gehen sollte. Maßnahmen zur Milderung der Umweltschäden waren nicht vorgesehen. Da ich Erfahrung mit Kompensationsprogrammen bei Straßenbauprogrammen der Interamerikanischen Entwicklungsbank hatte, riefen die Guaraní mich da-

zu, um ihnen ihre Rechte zu erklären. Da waren viele Jugendliche aus den Abiturjahrgängen unterschiedlicher Gemeinden mit dabei. Sie baten mich, ihnen das genauer zu erklären. Seitdem sind wir in Kontakt. Die Gemeinden protestierten bei der Weltbank und in einer Sitzung mit der Weltbankrepräsentantin in Bolivien wurde ein Kompensationsprogramm vereinbart. Das hat die Jugendlichen zusätzlich motiviert. Einer von ihnen ist jetzt der Capitán Grande (Oberhaupt der Guaraní Organisation) der gesamten Provinz Santa Cruz.

Früher waren das meist ältere, erfahrene Männer.



Erwin Melgar

Viele der älteren Generation haben sich kooptieren oder gar korrumpieren lassen. Sie haben Land an die Mennoniten² verkauft. Auch mit der Hindu-Sekte Kailasa³ hatten sie letztes Jahr einen Vorvertrag abgeschlossen. In dem ging es um die Pacht von Ländereien für 1000 Jahre gegen ein minimales Entgelt. Mit dem Verlust der Kontrolle über das Land gerät aber die ganze indigene Bevölkerungsgruppe in Gefahr. Diese Sorge und die Reform der Statuten haben den Generationswechsel beschleunigt. Auch die Vorurteile und Hürden gegenüber Frauen in solchen Ämtern konnten überwunden werden. In manchen Gemeindeverbänden besetzen Frauen heute das oberste Amt. Ähnliche Prozesse gibt es bei den Chiquitano und den Gwarayu, wo vor kurzem eine junge Frau die Führung übernommen hat. Die Menschen sind sich wieder stärker bewusst, wie wichtig es ist, das eigene Land zu schützen. Die jungen Leute wollen nicht auf ewig von anderen abhängig sein.

Der regierungsunabhängige Dachverband der indigenen Organisationen des Tieflands (CIDOB Orgánica) ist wieder häufiger in den Dörfern präsent.

Sie haben eine kleine Finanzierung der NRO „Rights and Resources Initiative“ bekommen. Die Agrarreformbehörde stellt schon seit langem keine Landtitel für indigene Territorien mehr aus. Sie behauptet, es sei staatliches Land, um es den Siedler*innen zu überschreiben. Deshalb unterstützt die CIDOB Orgánica jetzt die Gemeinden, die besonders von Landbesetzungen bedroht sind. Sie sollen ihre Territorien selbst ausmessen und markieren sowie die indigene Gerichtsbarkeit stärken. Gerade geschieht das in San Miguel de Velasco in der Chiquitanía, demnächst in der Amazonasregion bei den Esse Eja, bei den Araonas im Norden des Landes und im TIPNIS. Wenn das erfolgreich ist, soll es auch anderswo weitergeführt werden. Ich bin sehr hoffnungsvoll, dass die Jugendlichen dadurch so motiviert werden, dass sie sich an diesen Prozessen weiter aktiv beteiligen. ■

2) Eine plattdeutsch sprechende traditionelle Religionsgemeinschaft, die seit Ende der 1950er-Jahre die ersten Siedlungen in Bolivien gegründet hat. 2023 umfasste sie bereits über 150 000 Personen, die vorwiegend in der Viehwirtschaft, der Hühnerzucht und dem Sojaanbau tätig sind.

3) Sekte mit Sitz in den USA, die auf der Suche nach Land ist, um einen eigenen Staat zu errichten. Ihre Vertreter*innen wurden inzwischen aus Bolivien ausgewiesen. Siehe <https://blogs.taz.de/latinorama/pachtvertrag-fuer-1000-jahre/>